



Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation FDP Fraktion: "Weiterentwicklung Gewerberaum"; schriftlich

Die FDP-Fraktion und weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 1. April 2014 die beiliegende Interpellation "Weiterentwicklung Gewerberaum" mit 30 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die Standortförderung ist als Ansprechpartnerin laufend im Kontakt mit den Gewerbebetrieben in St.Gallen. Im Rahmen von regelmässigen Besuchen und Gesprächen werden die Bedürfnisse und der zukünftige Flächenbedarf besprochen. Gezielt werden den Betrieben Lösungsvorschläge unterbreitet. Dabei findet eine enge Zusammenarbeit mit der Stadtplanung, dem Liegenschaftenamt und dem Amt für Baubewilligungen statt. Jede zweite Woche werden die eingegangenen respektive die sich in Arbeit befindlichen Anfragen ausgetauscht und das weitere Vorgehen besprochen.

1 Die Fraktion der FDP will vom Stadtrat wissen, was er unternimmt, um auf Stadtgebiet Gewerbeflächen zu erhalten bzw. neuen Raum dafür zu schaffen.

In erster Linie geht es darum, die bestehenden Ressourcen (Land und Immobilien) bestmöglich auszunutzen oder den für die Weiterentwicklung erforderlichen Spielraum durch Verdichtung auf dem bestehenden Gelände zu schaffen. Darunter fallen Rahmenbedingungen für bauliche Erweiterungen und Aufstockungen an den bestehenden Standorten. Andererseits wurden und werden bei der Nutzungsplanungs-Revision jeweils passende und sinnvoll gelegene Flächen für gewerbliche Nutzungen ausgeschieden. Im Rahmen von verschiedenen Arealentwicklungen werden an geeigneter Stelle auf städtischem Gebiet bereits eingezonte Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzungen bereitgestellt, welche Entwicklungsmöglichkeiten sowohl für bestehende Unternehmen als auch für neu anzusiedelnde Betriebe bieten. Einige Beispiele dafür sind die Arealentwicklung „Piccard 8“, die Planung eines



Technologiezentrums bei der Empa oder die Arealentwicklung rund um den Bahnhof St.Fiden. Mit der angestrebten Erschliessung des Areals „Piccard 8“ werden (vorbehältlich allfälliger Einsprache- und Rechtsmittelverfahren) innert Zweijahresfrist rund 5,6 ha neue Gewerbe-Industriezone zur Verfügung stehen (vgl. Vorlage Stadtparlament Nr. 1567 vom 4. März 2014).

Die Stadt betreibt eine aktive Bodenpolitik und erwirbt gezielt geeignete Flächen, um ihre eigenen Grundstücke in der Gewerbe- und Industriezone zu arrondieren und damit Entwicklungsmöglichkeiten für das Gewerbe und die Industrie zu schaffen. Diese Flächen werden bei Bedarf an Interessenten abgegeben. Ein Beispiel hierfür ist das Gebiet rund um die Mövenstrasse, welches über Jahre nun schrittweise erworben wurde. Zum Zweck der Weiterentwicklung des bedeutenden Gewerbe- und Industriegebietes zwischen St.Gallen-Winkeln und Gossau haben die beiden Städte St.Gallen und Gossau ein gemeinsames Projekt initialisiert. Dieses hat zum Ziel, durch Verdichtung und Erweiterung Flächen für die in diesem Gebiet angesiedelten Unternehmen zu schaffen respektive zusätzliche Flächen für neue Betriebe zu gewinnen.

2 Gemäss verabschiedetem Richtplan sollen an diversen Stellen Gewerbeflächen eingezont werden. Die Fraktion der FDP will vom Stadtrat wissen, wie und insbesondere nach welchem Fahrplan der Stadtrat in Bezug auf Einzonungen vorzugehen gedenkt.

Der Richtplan der Stadt St.Gallen, wie er vom Stadtparlament am 2. Dezember 2012 verabschiedet wurde, sieht im Westen und im Osten des Stadtgebietes zusätzliche Flächen für wirtschaftliche Nutzungen vor. Die Gebiete ergänzen bereits bestehende Industrie- oder Gewerbe-Industriezonen. Flächenmässig ins Gewicht fällt vor allem die geplante grossflächige Erweiterung der Bauzone im Gebiet Altenwegen-Geissberg. Dort ist eine Ausdehnung der jetzigen Baulandreserve in das Landwirtschaftsgebiet in Richtung Osten vorgesehen. Für Neueinzonungen ist grundsätzlich der gesamtstädtische Bedarf nachzuweisen, ebenfalls sind weitere raumplanerische und rechtliche Voraussetzungen zu erfüllen. Besonders aber ist zu beachten, dass Neueinzonungen am Stadtrand naturgemäss zur Reduktion von landwirtschaftlichem Kulturland, zur Verknappung von Fruchtfolgeflächen führen oder auch teilweise Landwirtschaftszone beanspruchen – und deshalb auch politisch oftmals kritisch beurteilt werden. Im Sinne eines haushälterischen Umgangs mit dem Boden gilt ebenfalls, dass zunächst innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes alle Möglichkeiten im Sinne der Verdichtung ausgeschöpft werden sollten.

Der Stadtrat hat zurzeit keinen „Fahrplan“ für Neueinzonungen, denn diese sind in nächster Zeit nicht realistisch. Dies ist vor allem darin begründet, dass mit den neuen, seit 1. Mai



2014 in Kraft gesetzten Raumplanungsbestimmungen des Bundes (Raumplanungsgesetz) faktisch ein Moratorium für Neueinzonungen gilt. Diese sind bis zur Umsetzung der kantonalen Richtpläne, mit Entwicklungskonzept und kantonsweiter Koordination und Abstimmung der Entwicklungsgebiete, nur noch mittels flächengleicher Kompensation durch Auszonungen möglich. Die Stadt St.Gallen verfügt jedoch über keine entsprechenden Flächen.

3 Schliesslich möchte die Fraktion der FDP wissen, was der Stadtrat unternimmt, dass der zur Verfügung stehende Gewerberaum auch kostengünstig ist.

Einleitend ist festgehalten, dass der Umgang mit staatlichen Vergünstigungen sehr sorgfältig zu handhaben ist. Es kann nicht Aufgabe der Stadt sein, Branchen oder Betriebe über die Generierung von künstlich vergünstigtem Gewerberaum indirekt zu subventionieren. Die Stadt setzt deshalb primär in den Bereichen der Standortförderung respektive der Standortentwicklung besondere Instrumente ein.

Die Stadt unterstützt Betriebe derzeit auf zwei Arten: Bei Arealentwicklungen werden Verkaufsmodelle beziehungsweise Baurechtsmodelle entwickelt, welche für Erwerbende attraktiv sind und damit einen standortfördernden Charakter haben. Im Weiteren wird im Rahmen der Etablierung eines Technologiezentrums bei der Empfangung von Unternehmen die Möglichkeit geboten, Flächen mit bestehender Infrastruktur auf kürzere Fristen zu mieten. Sie haben damit die Möglichkeit während der Aufbauphase des Unternehmens von tieferen Infrastrukturkosten zu profitieren. Es gilt zu beachten, dass das Angebot von kostengünstigem Gewerberaum nicht immer im Sinne eines Standortes ist. Günstiger Gewerberaum ist nicht gleichbedeutend mit attraktivem Wirtschaftsraum. Die Attraktivität ist wesentlich geprägt durch die vorhandene Infrastruktur (Erschliessung, Ausbildungsmöglichkeiten usw.). Die knappen Landreserven sollen möglichst wertschöpfungsintensiv genutzt werden. Mit Mitteln der öffentlichen Hand bzw. mit Steuergeldern getroffene Massnahmen müssen einen entsprechenden Return on Investment ermöglichen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 1. April 2014

